

Der 9. November in Genf

Folgende Situation scheint hierzulande undenkbar: Eine bürgerliche Kantonsregierung fordert zum Schutz einer kommunistischen Kundgebung beim Bundesrat Militär an. Nach erstem erfolglosem Eingreifen gegen unbewaffnete antikommunistische Gegen-Demonstranten lassen die Herren Offiziere schießen. 13 Tote und mehr als 60 Verletzte werden weggetragen. Regierung und Militär machen - machen Druck auf KP hin – den Gegenmanifestanten den Prozess: deren Anführer und die Angehörigen der Opfer werden mit mehreren Monaten Gefängnis bestraft. Politisch undenkbar - aber historische Realität. An den Genfer Ereignissen von 1932 wurde nur die politische Bezeichnung geändert: Statt „kommunistisch“ muss es faschistisch, statt „antikommunistisch“ antifaschistisch heissen.

5. November 1932: Die faschistische „Union Nationale“ (UN) ersucht die Genfer Polizei um Bewilligung für die Durchführung einer öffentlichen Versammlung im Gemeindesaal von Plainpalais zwecks „Anklageerhebung gegen die Herren Nicole und Dicker“. Der Sozialist Léon Nicole, der in den letzten Wochen eine bürgerliche Korruptionsaffäre nach der anderen aufgedeckt hat, ist zum von der Genfer Finanzwelt meistgefürchteten Mann aufgestiegen. Die Wirtschaftskrise, zunehmende Arbeitslosigkeit und der kürzlich erfolgte Zusammenbruch der Banque de Genève haben die sozialen Spannungen in der Rhonestadt verschärft. Das schwer angeschlagene Bürgertum begrüsst und unterstützt die aggressiven antisozialistischen Bestrebungen des UN-Führers Georges Oltramare. Die Kundgebung wird bewilligt.

8. November: Der Parteivorstand der SP Genf beschliesst, zu einem zahlreichen Besuch der UN-Veranstaltung aufzurufen, um für Nicole die Möglichkeit einer Entgegnung zu erreichen. Für den Fall einer Gesprächsverweigerung werden 300 Trillerpfeifen verteilt, um den Prozess“ platzen zu lassen. Nicole und andere SP-Führer fordern ausdrücklich auf, keine Waffen mitzunehmen. Durch einen Spitzel wird die Genfer Polizei noch in der gleichen Nacht über die SP-Beschlüsse informiert.

- 9. November:
 - 10 Uhr: Der Genfer Staatsrat beschliesst, beim Eidgenössischen Militärdepartement Truppen anzufordern, da die rund 200 Genfer Polizisten und 40 Grenzwächter nicht genügen.
 - 12 Uhr: Das EMD sichert die Entsendung der Lausanner Mitrailleur-Rekrutenschule zu.
 - 17.30 Uhr: Ankunft der Truppen in Genf (30 Of, 580 Uof und Sdt). Sie marschieren mit klingendem Spiel durch die Stadt in die Kaserne. Staatspräsident und Polizeiminister Martin und Polizeikommandant Zoller besprechen mit den Offizieren die zu ergreifenden Massnahmen.
 - 18,45 Uhr: Die Polizei hat alle Zugänge zum Gemeindesaal durch Sperren abgeriegelt. Bis 20.15 Uhr werden nur Träger der Abzeichen der „Union Nationale“ in den Saal gelassen.
 - 20.00 Uhr: Seit 40 Minuten hat sich in der Rue Carouge eine Menschenmenge von 5'000 bis 8'000 Personen, antifaschistische Demonstranten und Zuschauer, angesammelt. Inzwischen ist der Saal mit UN-Anhängern schon fast gefüllt.
 - 20.45 Uhr: Im Saal beginnt die Versammlung. Die wenigen Sozialisten, die hinein gelangt sind und sich zu Wort melden, werden niedergebrüllt oder verprügelt. Ein Antifaschist wird blutig geschlagen und bleibt bewusstlos liegen, die anwesende Polizei wendet sich ab.
 - Draussen sprechen Nicole sowie der Kommunist Lebet und der Antifaschist Tronchet zur Volksmenge. Man einigt sich auf eine Strassendemonstration, die vom Staatsrat nicht verboten worden ist.
 - 21.00 Uhr: Die Sperre an der Rue Carouge wird durchbrochen. Die Polizei zieht blank und stellt die Abschränkungen wieder her. Martin befiehlt den Truppeneinsatz.
 - 21.45 Uhr: Die 1. Kompanie versucht, zu den Polizeikräften vorzustossen. Statt auf dem kürzesten Weg durch fast leere Nebenstrassen dirigieren die Offiziere ihre Leute in zwei Einkerolonen durch die dichtgefüllte Hauptstrasse. Die einzelnen Soldaten sind völlig isoliert. Von erbitterten Arbeitern setzt es einzelne Fusstritte und Beschimpfungen ab, einigen Soldaten und Offizieren werden Waffen abgenommen und in die Strassengräben geworfen.
 - 21.30 Uhr: Die lächerlich gemachte Truppe zieht sich zum Palais des Expositions zurück und fordert Verstärkung an. Sie fühlt sich von der Menge mit Kies (!) und Pflastersteinen bedroht - dabei finden sich auf den asphaltierten Plätzen und Strassen in der Nähe des Palais des Expositions nirgends Pflastersteine.
 - 21.34 Uhr: Bevor die Verstärkung eintrifft, erteilt Major Perret den Schiessbefehl. Wahllos lässt er auf dem dunklen Platz in die Menge feuern, die sich bereits zurückziehen begonnen hat. 150 Schuss in weniger als 30 Sekunden.

Jules Humbert-Droz war damals Augenzeuge: „In diesem Moment bläst ein Offizier in sein Horn. Die Gewehre sind an der Wange, die Maschinengewehre gerichtet. Die Schüsse knattern. Das ist Meuchelmord! Organisierter Mord, der Boden ist übersät mit Opfern. Man erkennt unseren mutigen Genossen Fürst ausgestreckt, die Hälfte des Kopfes durch ein MG-Feuer aufgerissen, das Gehirn liegt neben ihm, die Schädeldecke zersplittert. Ein Alter fällt zu Boden, den Rücken durch mehrere Kugeln durchlöchert. Es ist der Vater eines Soldaten, denen die Offiziere den Feuerbefehl gegeben haben! Einem anderen ist der Kiefer zur Hälfte abgeschlagen. Es ist ein regelrechter Massaker.“

Zehn Personen sind auf der Stelle tot, drei sterben im Spital, 40 weitere sind schwerverletzt, mehr als 20 müssen ambulant behandelt werden. Nur drei der Getöteten sind aktive Demonstranten, darunter der Genfer KP-Präsident Henri Fürst.

Die Ermordeten sind die Schuldigen

Wenige, Stunden nach dem Massaker, am 10. November morgens um 00.30 Uhr ruft Géo Oltramare den Staatsrat an und droht ihm mit einem Generalstreik, wenn Nicole nicht verhaftet werde. Eine halbe Stunde später unterzeichnen Regierungschef Martin und Staatsanwalt Cornu den Verhaftungsbefehl gegen Nicole. Dieser wird in den frühen Morgenstunden von seinen wohlmeinenden Parteifreunden aus der SPS-Führungsspitze, Robert Grimm, Reinhard und Konrad Ilg, aufgesucht und eindringlich ermahnt, Genf zu verlassen, um der Verhaftung zu entgehen. Nicole lehnt ab und wird zwei Stunden später festgenommen.

Die Reaktion von Bürgertum, Behörden und Faschisten war einhellig wie selten zuvor: Nicht die Schiessenden, sondern die Erschossenen waren schuldig an der Bluttat. Endlich konnte die bürgerliche Presse den Skandal aufdecken und Volksführer Nicole im Schlamm ertränken. Rücksichtslos und kaltblütig habe er den Konflikt entfesselt. „Diesem Hysteriker der Revolution gelten Menschenleben nichts“, schrieb die NZZ wutentzündet am 10. November. In ihrem Übereifer verglich sie den Sozialistenführer paradoxerweise mit einer Grösse der bürgerlichen Revolution aus der eigenen Geschichte: „Wer den bleich und übernächtigt aussehenden Angeschuldigten mit den verzerrten Mienen, dem stehenden Blick und den wirren Gebärden im Saale der Genfer Untersuchungskammer gesehen hat, dem muss sich ein Vergleich mit Marat aufdrängen.“ (NZZ vom 14. November 1932).

Die militärische Untersuchung wurde völlig einseitig geführt, gegen die verantwortlichen Offiziere überhaupt nicht ermittelt. Im Gegenteil - EMD-Vorsteher Rudolf Minger konnte am 15. Dezember 1932 unter bürgerlichem Beifall im Nationalrat erklären: „Ich danke (den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten). Sie haben alles getan, ein Blutvergiessen zu vermeiden“.... Unter dem Druck der vaterländischen Verbände entzog der Nationalrat - entgegen aller früheren Praxis - seinem Mitglied Nicole die Immunität.

In weiten bürgerlichen Kreisen hatte sich im Herbst 1932 eine Stimmung breit gemacht, die einen fruchtbaren Nährboden für die im „Frontenfrühling“ aus dem Boden schießenden faschistischen Gruppierungen bildete. Allianzen des Bürgertums und bürgerlicher Behörden mit ausserparlamentarischen und semilegalen Gruppierungen von rechts sind in der Geschichte unseres Landes bis heute mehr als nur Episoden oder Ausrutscher gewesen (z.B. Zusammenarbeit der Polizei mit Fascho-Gruppen in Basel, Bern etc.). Sie sind so denkbar und so möglich - wie sie gegen links undenkbar und unmöglich geblieben sind.

In Genf 1932 allerdings erwies sich der bürgerlich-faschistische Zusammenschluss als Rohrkrepiere. Nicole wurde wenige Wochen nach Absitzen seiner sechsmonatigen Gefängnisstrafe zusammen mit drei weiteren Sozialisten in den bisher bürgerlich dominierten Staatsrat gewählt. Ziemlich genau ein Jahr nach den Novemberereignissen stand er 1933 als Präsident an der Spitze der Republik - und damit der ersten „Volksfrontregierung der Schweiz“

Léon Nicole (1887-1965). Pöster, dann Redaktor der sozialistischen Tageszeitung „Le Travail“, seit 1919 Genfer Grossrat und Nationalrat; Brillanter Redner und Politiker der Genfer SP, die sich unter seiner Führung stark nach links entwickelte. 1933-1936 Präsident des Genfer Staatsrates. 1939 wegen seiner Gutheissung des Hitler-Stalin-Paktes aus der SPS ausgeschlossen. 1941-44 Führer der verbotenen „Nicolisten“ (Mehrheit der Genfer SP), die sich mit den Kommunisten 1944 zur neugegründeten PdA vereinigte. Präsident der PdAS bis zu seinem Ausschluss aus „disziplinarischen Gründen“ (1952). 1955 Rückzug aus dem politischen Leben.

Urs Rauber.

Mit Fotos.

WOZ, 5.11.1932.

Arbeiterbewegung > Militäreinsätze. 9.11.1932.doc.